Erneuerbare Energie Österreich

Die Klima- und Energiestrategien

der österreichischen Bundesländer

STATUS, BEWERTUNG UND AUSBLICK AUF BASIS EINER STUDIE DER ÖSTERREICHISCHEN ENERGIEAGENTUR

MÄRZ 2021

Vorwort

Mit ihren Plänen für 100 % Ökostrom bis 2030 und Klimaneutralität bis 2040 hat sich die österreichische Bundesregierung hohe Ziele gesetzt. Auf Basis des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes sollen bis 2030 zusätzlich 27 Terawattstunden (TWh) Strom mit erneuerbaren Energien produziert werden. Bundesweit gibt es für diese Bestrebungen quer durch alle Parteien eine breite Zustimmung. Aufgrund der föderalistischen Struktur Österreichs braucht es aber vor allem auch das enge Zusammenwirken von Bund und Ländern, um diese Ziele zu erreichen. Denn wesentliche klima- und energiepolitische Entscheidungen sind im Kompetenzbereich der Länder zu treffen.

Die Österreichische Energieagentur hat in einer Studie die Bereiche Stromaufbringung, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen untersucht und kommt zu dem eindeutigen Ergebnis: Die Potenziale für den Ausbau der erneuerbaren Energien sind vorhanden und das Ziel von zusätzlich 27 TWh erneuerbarer Strom ist mit den richtigen Rahmenbedingungen definitiv machbar. Die Studie zeigt aber auch, dass die Summe der bisherigen Länderziele deutlich unter dem nationalen Gesamtziel für 2030 bleibt und hier massiver Anpassungsbedarf besteht. Dazu kommt, dass die Europäische Union ihre Ziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen und den Anteil der erneuerbaren Energien mit dem kommenden EU-Klimagesetz entscheidend anheben wird. Das wird in der Folge von den Mitgliedstaaten zusätzliche Anstrengungen erfordern.

Umgelegt auf Österreich bedeutet das, dass alle Bundesländer gefordert sind, ihre vorhandenen Potenziale zu mobilisieren und auszuschöpfen, damit das gesamtösterreichische Ziel erreicht werden kann. Diese Broschüre berichtet über die zentralen Ergebnisse der Studie der Energieagentur und zeigt die Potenziale der einzelnen Bundesländer auf. Nur wenn Bund und Länder in wechselseitiger Abstimmung rasch und vereint handeln, werden wir in Österreich die Klimakrise bewältigen und die Energieversorgung langfristig sichern können.

MARTINA PRECHTL-GRUNDNIG
Geschäftsführerin Erneuerbare Energie Österreich

Diese Publikation basiert auf der Studie
KLIMA- UND ENERGIESTRATEGIEN DER LÄNDER
Energie, Treibhausgasemissionen und
die Kongruenz von Länder- und Bundeszielen
erstellt von der Österreichischen Energieagentur
(März 2021) und beinhaltet weitere Forderungen und
Schlussfolgerungen von Erneuerbare Energie Österreich.

Hinweis: Um die angeführten Werte durchgehend zu vereinheitlichen, geben wir alle Energieverbräuche in TWh (Terawattstunden) und nicht wie sonst üblich in PJ (Petajoule) oder Öleinheiten an.

Inhalt

2	Vorwort
3-5	Situation in Österreich gesamt
6-9	Situation in den Bundesländern gesamt
10-13	Burgenland
14-15	Kärnten
18-21	Niederösterreich
22-25	Oberösterreich
26-29	Salzburg
30-33	Steiermark
34-37	Tirol
38-41	Vorarlberg
42-45	Wien
46	Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick
47	Kurzporträt EEÖ / Impressum

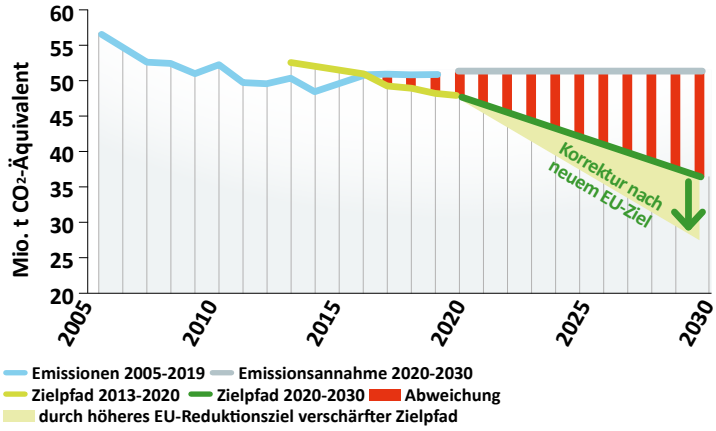
Klimaschutz auf allen Ebenen erforderlich

Die Europäische Union ist derzeit in einem intensiven dynamischen Prozess der Neuorientierung ihrer Klima- und Energiepolitik. Im September 2020 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, im kommenden EU-Klimagesetz das Ziel für die Emissionsreduktion der Treibhausgase (THG) von derzeit -40 % (im Vergleich zu 1990) auf mindestens -55 % bis 2030 als Zwischenziel auf dem Weg zur bis 2050 angestrebten Klimaneutralität festzuschreiben. Der EU-Rat hat dieses Ziel bereits bestätigt, das EU-Parlament fordert sogar -60 %. Dieses neu justierte Ziel wird zusätzliche Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur THG-Reduktion und damit auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien erfordern. Die EU peilt dieses deutlich ambitioniertere Reduktionsziel auch deswegen an, da die derzeitigen Ziele noch nicht dem Pariser Klimaabkommen entsprechen. Daher wird die EU die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien weiter steigern müssen.

Derzeitiger Status und geplante Ziele Österreichs

Im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung wird das Ziel genannt, bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Als Zwischenziel soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 100 % (national, bilanziell) erhöht werden. Dabei sind zwei Aspekte von entscheidender Bedeutung. Mit dem derzeitigen NEKP (Nationaler Energie- und Klimaplan) ist nicht einmal das Erreichen des bisher geltenden EU-Emissionsreduktionsziels

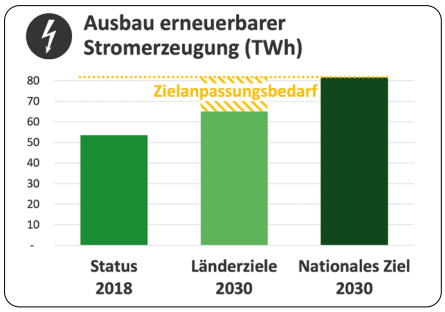
THG-Emissionen Österreich nach Klimaschutzgesetz gegenüber Zielpfad 2030

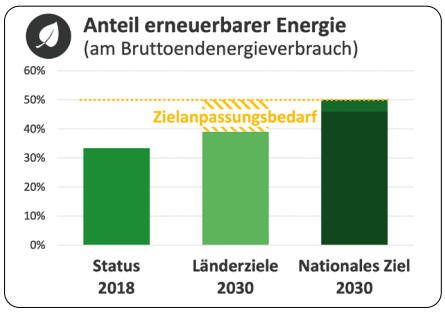


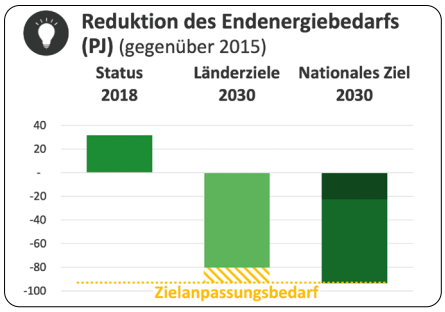
Das neue ambitioniertere Ziel der EU für die Reduktion der Treibhausgasemissionen wird auch Österreichs eigenen Zielpfad massiv nach unten drücken und verstärkte Anstrengungen von Bund und Ländern erfordern.

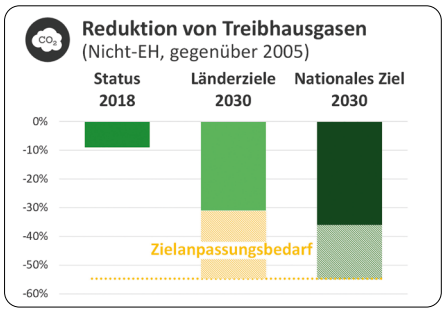
Einleitung

Erhebliche Differenzen zwischen Länder- und Bundeszielen









Erklärung zu den Grafiken:

Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern, der Reduktion des Endenergiebedarfs, der generellen Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger und der Reduktion der Treibhausgasemissionen zeigen die Analysen zusätzlichen Zielanpassungsbedarf. Dieser ergibt sich aus den Differenzen zwischen den jeweiligen Zielen des Bundes bis 2030 und der Summe der Ziele der Länder.

von -40 % gesichert. Wird dieses auf -55 % angehoben, kommen zusätzliche Anforderungen auf den Mitgliedstaat Österreich zu. Zum anderen hat Österreich eine föderalistische Struktur mit neun selbstständigen Bundesländern. Es braucht also das Zusammenwirken von Bund und Ländern, um diese höheren Klimaschutz- und Energieziele zu erreichen, denn dafür wesentliche Stellschrauben fallen in den Kompetenzbereich der Länder.

Aktuelle Studie liefert die Fakten

Die im März 2021 vorgelegte Studie der Österreichischen Energieagentur „Klima- und Energiestrategien der Bundesländer“ liefert die Fakten zur Ist-Situation des THG-Ausstoßes und der Energiebilanz. In weiterer Folge bewertet sie die Ziele der einzelnen Bundesländer und analysiert, ob mit den kumulierten bestehenden Länderzielen die gesamtösterreichisch angestrebten Ziele erreicht werden können. Dabei erkannte Differenzen werden als sogenannter „Zielanpassungsbedarf“ ausgewiesen.

Dies ist allerdings nur ein Vergleich der Ziele und stellt daher lediglich Differenzen bezüglich der Ziele fest. Darüber hinaus hat sich bei der qualitativen Bewertung der Maßnahmen der Länder gezeigt, dass diese ihre derzeitigen selbst festgelegten Zielvorgaben nur mit zusätzlichen Maßnahmen schaffen können. Daher ist die tatsächlich erforderliche zusätzliche Anstrengung in der Klimapolitik deutlich größer, als der in der Studie ausgewiesene „Zielanpassungsbedarf“.

Enormer zusätzlicher Ausbaubedarf

Ein kurzer Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Studie zeigt: Im Zeitraum 1990–2018 gab es in allen Bundesländern einen starken Zuwachs des Endenergieverbrauchs – hier wird in allen Bundesländern eine Trendumkehr notwendig sein, also zum einen der Energieverbrauch reduziert und gleichzeitig der Ausbau der erneuerbaren Energien massiv verstärkt werden müssen. Weiters muss Österreich seine THG-Emissionen im Nicht-Emissionshandel (Nicht-EH) bis 2030 derzeit um -36 % (gegenüber 2005) reduzieren. Wird das neue EU-Reduktionsziel von mindestens -55 % bis 2030 (gegenüber 1990) ähnlich wie das bisherige auf die Mitgliedstaaten umgelegt, müsste Österreich selbst eine Reduktion um -50 bis -55 % schaffen. Davon ist aber die Summe der Länderziele mit derzeit rund -30 % weit entfernt.

Um bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 100 % zu erhöhen, muss die jährliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern um 27 TWh ausgebaut werden. Die dokumentierten Ziele der Länder ergeben in Summe aber nur einen Zubau von 10,7 TWh – es besteht also ein zusätzlicher Ausbaubedarf von 16,3 TWh.

Deutlich mehr Erneuerbare benötigt

Aber nicht nur beim Strom werden die Länder ihre Anteile der Erneuerbaren in Summe steigern müssen, auch beim Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch weichen die Zielsetzungen von Bund und Ländern deutlich voneinander ab. Österreichs NEKP strebt eine Erhöhung auf 46 bis 50 % bis 2030 an. Die Zielsumme aller Länder zusammen liegt aber mit einem Anteil von rund 39 % deutlich unter dem nationalen Ziel. Darüber hinaus wird die dynamische Strategie der EU-Kommission dazu führen, dass der EU-weite Erneuerbaren-Anteil von (derzeit noch) mindestens 32 % am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 deutlich angehoben werden muss. Und auch dieser Anstieg wird in Österreich dann zusätzlich auf die Bundes- und Länderebene übertragen werden müssen.

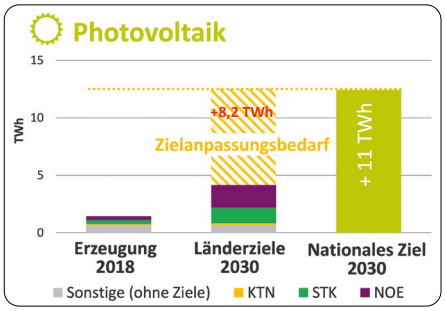
Erneuerbare Energien einzeln betrachtet

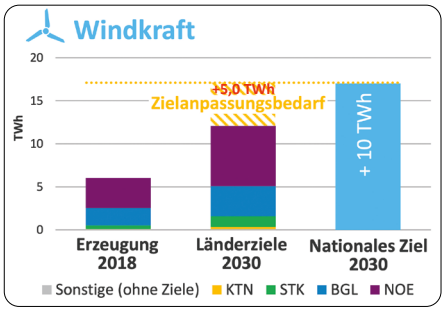
Ebenso gravierende Differenzen deckt die Studie bei den Zielen für den Ausbau der einzelnen Stromerzeugungstechnologien der erneuerbaren Energien auf. Die Summe der Länderziele liegt weit unter dem nationalen Gesamtziel 2030 – auch hier besteht massiver Anpassungsbedarf. Am eklatantesten ist dieser bei der Photovoltaik: Die Ausbauziele der Länder müssten in Summe von derzeit 4,2 TWh um 8,2 TWh erhöht werden, um das nationale Ausbauziel von 12,4 TWh zu erreichen. Erheblich ist die Abweichung auch bei der Windkraft: Dort müssten die Länder statt der derzeit angepeilten 12 TWh zusätzliche 5 TWh schaffen, um auf 17 TWh zu kommen. Überschaubar ist die Situation bei der Wasserkraft, wo etwas mehr als 2 TWh fehlen. Für Strom aus Wärmekraft liegen keine Ausbauziele der Länder vor, die Studie weist dafür eine erforderliche Erhöhung der derzeitigen Produktion um 1 TWh aus.

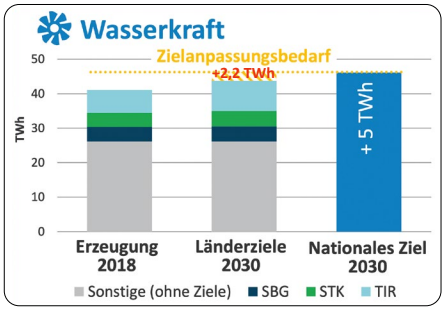
Länderziele müssen Bundesziele abbilden

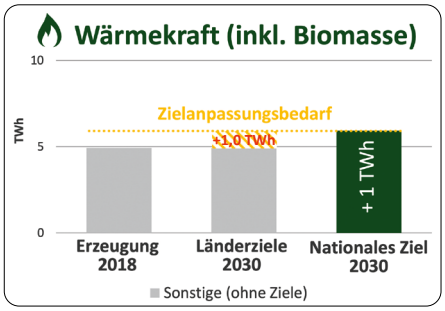
Österreichs föderalistische Struktur bringt es mit sich, dass bundesweite Ziele nur dann einen praktischen Wert haben, wenn sie in kompatiblen Länderzielen abgebildet werden. Das bedeutet, dass die Summe der Länderziele auch dem jeweiligen gesamtösterreichischen Ziel entsprechen muss. Die Studie „Klima- und Energiestrategien der Bundesländer“ der Österreichischen Energieagentur zeigt jedoch sehr deutlich, dass die gebündelten Länderziele nicht einmal mit den bisherigen Bundeszielen im Einklang sind, geschweige denn mit den kommenden Verschärfungen der Ziele zusammenpassen. Es bedarf daher einer Anpassung von Zielen und Maßnahmen sowie einer engen Verschränkung zwischen Bund und Ländern, damit die Klimakrise wirklich gemeistert werden kann.

Anpassungsbedarf bei den Länderzielen für erneuerbare Energien









Erklärung zu den Grafiken:

Die Ausbauziele der Länder für die Stromproduktion mit Erneuerbaren bis 2030 zeigen, dass deutliche Erhöhungen erforderlich sind, um die nationalen Ziele zu erreichen:

- **Photovoltaik: +8,2 TWh**
- **Windkraft: +5,0 TWh**
- **Wasserkraft: +2,2 TWh**
- **Wärmekraft: +1,0 TWh**

Bundesländer in Summe

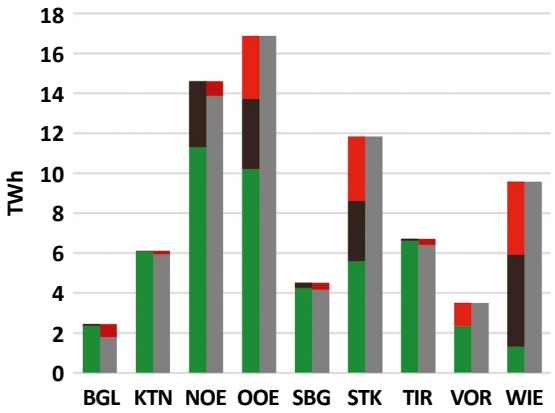
Die Gesamtsituation

Der Bruttostrombedarf in Österreich stieg zwischen 2005 und 2018 von 67 TWh auf 74 TWh (+10 %). Mit erneuerbaren Energien erzeugter Strom macht in allen Bundesländern – außer Wien – den größten Anteil an der Stromproduktion aus. Doch es gibt in den einzelnen Ländern große Unterschiede, was den Anteil erneuerbarer Energien angeht. Nach wie vor sind einige Bundesländer stark von fossilen Energieträgern abhängig. 2018 stammten in Wien 86 % der Stromaufbringung aus fossilen Energien und Importen. Auch in der Steiermark (25 %), Niederösterreich (24 %) und Oberösterreich (21 %) hatten fossile Energien einen hohen Anteil.

Viele Jahrzehnte hat Österreich mehr Strom exportiert als importiert, seit 2000 sind wir allerdings Nettostromimporteur. 2018 machten die Nettostromimporte rund 12 % aus. Wien, Steiermark, Oberösterreich und Vorarlberg verbrauchen mehr Strom als sie selbst erzeugen. Für diese Importe fließen jährlich Hunderte Millionen Euro unwiederbringlich ins Ausland ab – Geld, das noch dazu deutsche und tschechische Kohle- und Atomkraftwerke subventioniert, also einen klimapolitisch gegenteiligen Effekt erzeugt. Mit dem verstärkten Ausbau von Ökostromkraftwerken könnten teure Importe vermieden und eine langfristig bestehende Infrastruktur für die heimische Stromerzeugung aufgebaut werden. Damit würden auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die Wertschöpfung in Österreich bleiben.

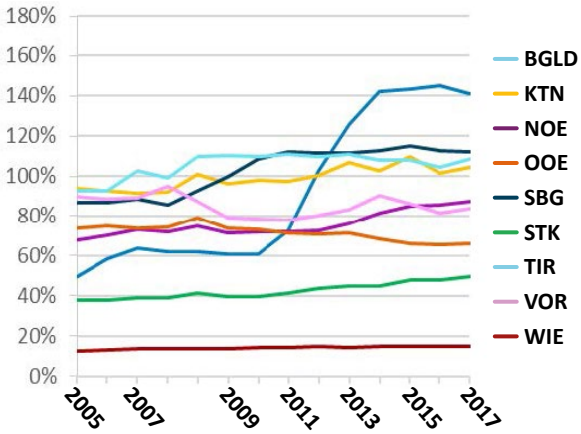
Die Entwicklung der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien kam auch im letzten Jahrzehnt nur langsam voran. Obwohl Niederösterreich und Oberösterreich absolut gesehen die größten Mengen an erneuerbarem Strom produzieren, liegen beide beim Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung nur im Mittelfeld. In dieser Hinsicht hat allen voran das Burgenland einen enormen Sprung gemacht und weist heute einen Anteil von rund 140 % auf, den Großteil davon machen die burgenländischen Windparks aus.

Stromnachfrage und Stromaufbringung nach Energieträgern 2018



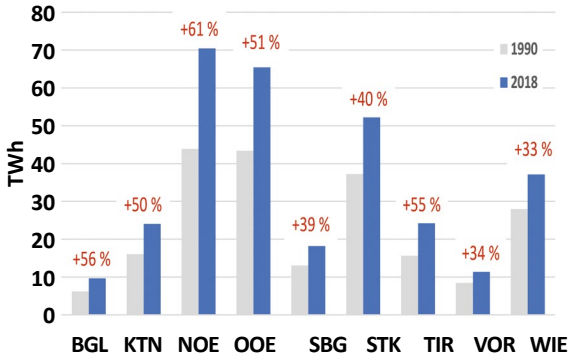
Bei der Stromerzeugung gibt es große Unterschiede beim Anteil erneuerbarer Energien. Einige Bundesländer sind immer noch stark von fossilen Energien abhängig.

Anteile der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung 2005 bis 2017



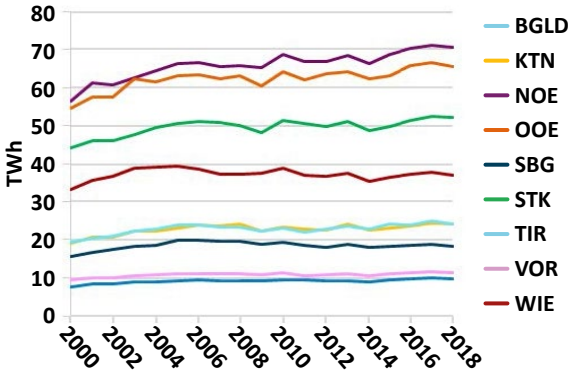
Die Anteile erneuerbaren Stroms steigen nur langsam, nur vier Länder liegen über 100 %, allen voran das Burgenland, das mittlerweile rund 140 % aufweist.

Vergleich des Endenergieverbrauchs der Bundesländer 1990 und 2018



Von 1990 bis 2018 ist der gesamte Endenergieverbrauch in Österreich mit +48 % sehr stark angestiegen, diese Steigerung verteilt sich auf alle Bundesländer.

Entwicklung des Endenergieverbrauchs der Bundesländer 2000 bis 2018



Seit vielen Jahren stagniert die Entwicklung des Endenergieverbrauchs auf hohem Niveau, langfristig muss aber eine Senkung um 50 % angestrebt werden.

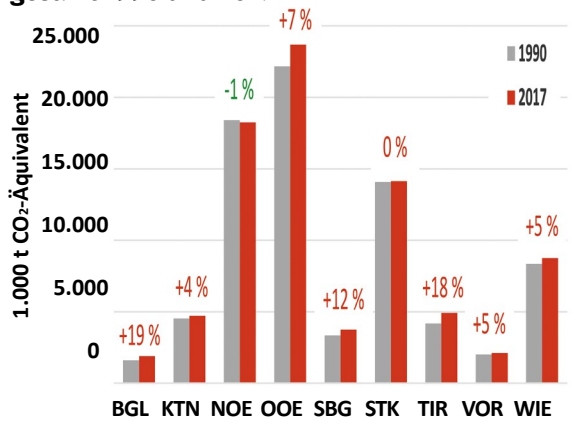
Auch in Tirol, Salzburg und Kärnten hat erneuerbarer Strom einen Anteil von über 100 %. Absolut und auch anteilsmäßig die geringste Menge an erneuerbarem Strom erzeugt Wien. Insgesamt ist in Österreich der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung allerdings langfristig sogar rückläufig: 1994 machte er noch 77 % aus, 2019 waren es nur mehr 73 %.

Seit 1990 ist der gesamte Endenergieverbrauch (EEV) in Österreich mit +48 % sehr stark angestiegen. Diese Steigerung verteilt sich auf alle Bundesländer. Mengenmäßig ragen vor allem Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark heraus. Seit 2000 stagniert die Entwicklung des EEV auf hohem Niveau. Um aber die gesetzten Energieeffizienzziele zu erreichen, ist langfristig eine Senkung des EEV um 50 % anzustreben. Dafür wird in allen Bundesländern eine Trendumkehr notwendig sein.

Nach aktuellsten Zahlen des Umweltbundesamtes sind Österreichs Treibhausgasemissionen (THG) von 2018 auf 2019 um 1,5 % auf 79,8 Mio. t CO_2 gestiegen. Noch aussagekräftiger ist der langfristige Trend: Die THG-Emissionen lagen 2019 sogar um 1,8 % höher als 1990 – es wurde also in den letzten drei Jahrzehnten überhaupt keine Reduktion des THG-Ausstoßes geschafft. Damit schneidet Österreich auch im EU-Vergleich extrem schlecht ab. Die meisten EU-Länder konnten im letzten Jahrzehnt ihre THG-Emissionen gegenüber der Periode 1990–1999 deutlich reduzieren, nur in fünf Ländern – darunter Österreich – stiegen sie an (EU-Durchschnitt: knapp minus 20 %). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den einzelnen Bundesländern wider, denn auch dort liegen die THG-Emissionen über dem Niveau von 1990.

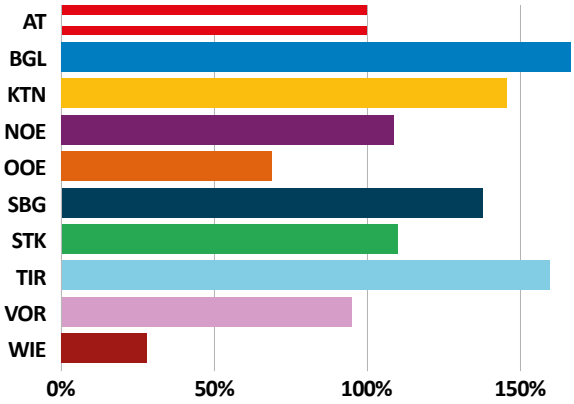
Der Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch ist in Österreich von 2005 bis 2018 von 24 % auf 33 % gestiegen. Am höchsten ist der Erneuerbaren-Anteil mit 55 % in Kärnten, gefolgt von Burgenland und Salzburg (je 48 %), am geringsten ist er in Wien (9 %). Bisher ist die von der Bundesregierung angestrebte Klimaneutralität 2040 in den Klima- und Energiestrategien der Länder noch nicht abgebildet.

Treibhausgasemissionen der Bundesländer gesamt 1990 und 2017



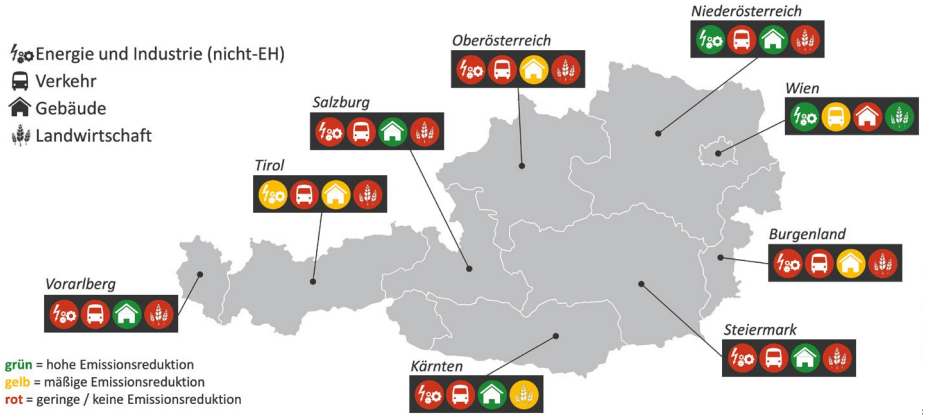
Wie in Österreich insgesamt liegen auch in den Ländern die THG-Emissionen über dem Niveau von 1990. In den letzten drei Jahrzehnten wurde keine Senkung erreicht.

Länderziele der Erneuerbaren-Anteile am Gesamtenergieverbrauch 2040



Will Österreich bis 2040 einen Erneuerbaren-Anteil von 100 % schaffen, müssen die Länder ihre Potenziale für den Ausbau der Erneuerbaren optimal ausschöpfen.

Welche Fortschritte haben die Bundesländer bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen im Nicht-EH-Bereich bereits erzielt?



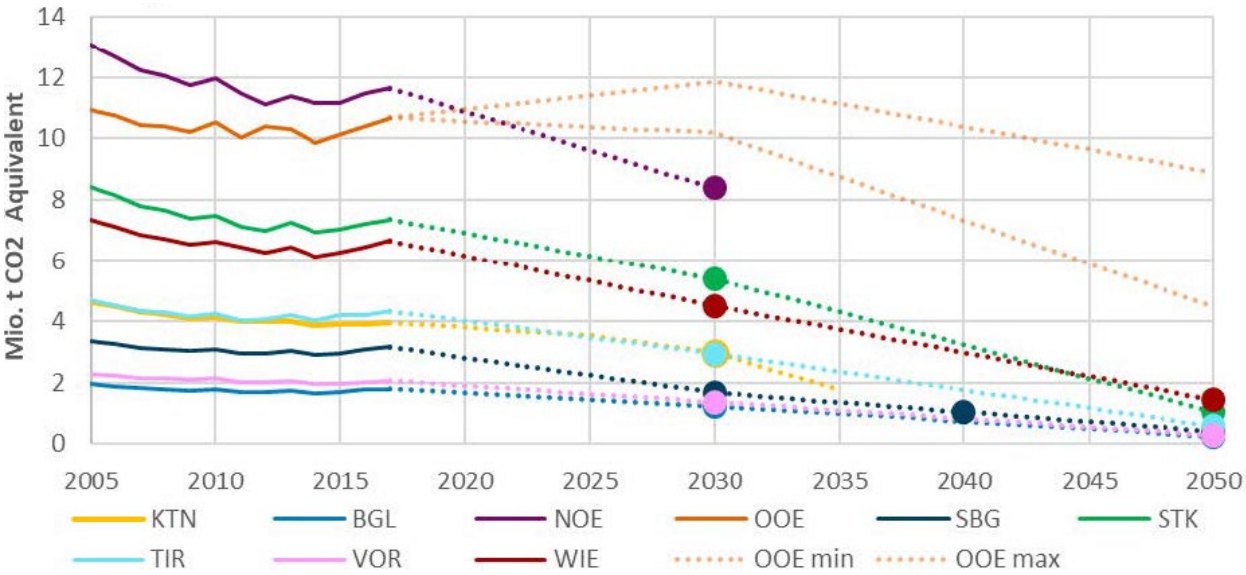
Der Gebäudesektor ist in fast allen Bundesländern auf Zielkurs, dagegen weichen die Sektoren Verkehr, Energie und Industrie (Nicht-EH) sowie Landwirtschaft stark vom Zielkurs ab.

Um bis dahin den Anteil erneuerbarer Energien österreichweit auf 100 % zu erhöhen, müssen die Länder ihre individuell unterschiedlichen Potenziale für den Erneuerbaren-Ausbau bestmöglich ausschöpfen. Sechs Bundesländer müssten sich Erneuerbaren-Ausbauziele von über 100 % setzen (siehe Grafik Seite 7). Vor allem das Burgenland, Tirol, Kärnten und Salzburg müssten deutlich mehr erzeugen, als ihr Energieverbrauch ausmacht. In absoluten Zahlen ausgedrückt müssten die Bundesländer Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich mit in Summe knapp 60 % den Großteil der zusätzlich benötigten rund 350 TWh mit erneuerbaren Energien bereitstellen.

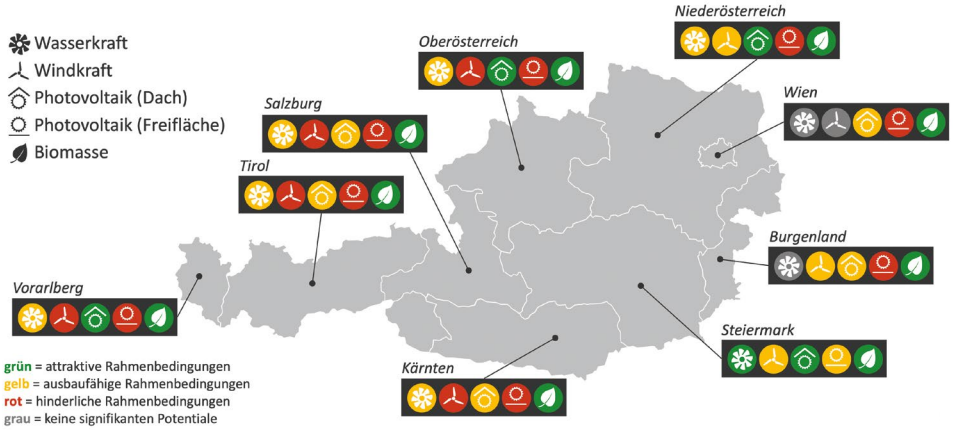
2005 hat die Europäische Kommission alle THG-Emissionen, die nicht vom Emissionshandel (EH) erfasst werden, gesondert geregelt und für die einzelnen Mitgliedstaaten Reduktionsziele festgelegt. Deshalb muss Österreich seine Nicht-EH-Emissionen bis 2030 um -36 % reduzieren. Von 2005 bis 2017 konnten diese allerdings nur um -9 % gesenkt werden. Das macht deutlich, dass die Anstrengungen zur Zielerreichung um ein Vielfaches erhöht werden müssen. Darüber hinaus wird im kommenden EU-Klimagesetz sogar noch eine deutliche Verschärfung des Reduktionsziels formuliert werden.

Um die Potenziale für Reduktionen bestmöglich abzubilden, nimmt die Studie eine Bewertung der bisherigen Fortschritte in den Ländern und den vier Sektoren Energie und Industrie (Nicht-EH), Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft vor – einfach veranschaulicht in einer „Emissionsampel". Auf Basis der tatsächlichen THG-Reduktionen von 2005 bis 2017 wurde die Abweichung von einem rechnerischen Teilziel 2017 (mit Perspektive 2030) bewertet: grün = deutlich darüber; gelb = fast erreicht; rot = deutlich darunter. In der grafischen Darstellung ist leicht ablesbar, dass der Gebäudesektor in fast allen Bundesländern auf Zielkurs ist, jedoch die Sektoren Verkehr, Energie und Industrie (Nicht-EH) sowie Landwirtschaft stark vom Zielkurs abweichen.

Ziele der Bundesländer für Treibhausgasemissionen im Nicht-EH-Bereich



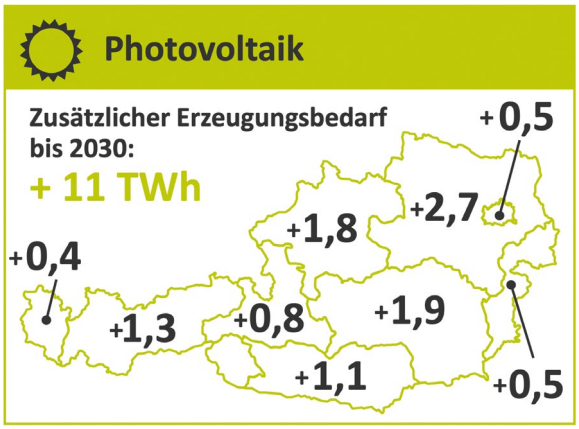
Bewertung der Rahmenbedingungen für den Ausbau von erneuerbarer Stromerzeugung in den einzelnen Bundesländern

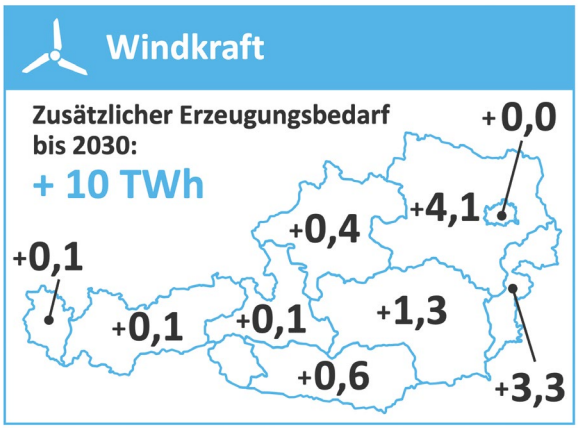


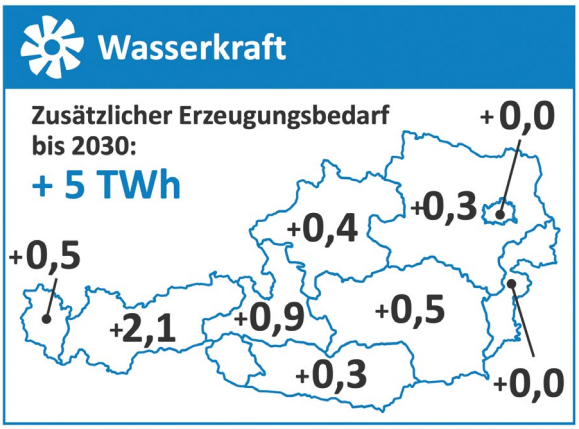
Da die Raumordnung und die Erteilung von Genehmigungen in den Kompetenzbereich der Länder fallen, tragen diese einen Großteil der Verantwortung für den Ausbau der erneuerbaren Energien: Details dazu in den einzelnen Bundesländer-Kapiteln.

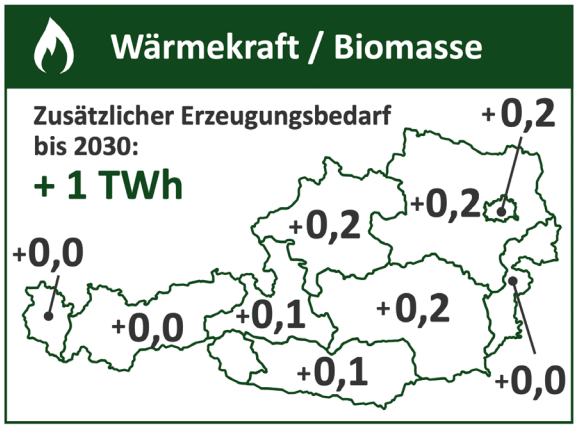
Des Weiteren wurde in der Studie eine Bewertung der derzeitigen Rahmenbedingungen und des bisherigen Fortschritts beim Ausbau der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien durchgeführt. Dafür wurde der erforderliche dem wahrscheinlichen Ausbau gegenübergestellt. Dem erforderlichen Ausbau liegt der Entwurf des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes zugrunde, zusätzlich hat die Österreichische Energieagentur einen Vorschlag für die Aufteilung des zusätzlichen Stromerzeugungsbedarfs der erneuerbaren Energien bis 2030 auf die einzelnen Bundesländer entwickelt. Der wahrscheinliche Ausbau wurde auf Basis der Rahmenbedingungen für den bisherigen Ausbau geschätzt. Details dazu finden sich in den einzelnen Bundesländer-Kapiteln. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien tragen die Bundesländer laut Studie zumindest 50 % der Verantwortung, wenn nicht sogar mehr, da ohne eine geeignete Raumordnung und die Erteilung der notwendigen Genehmigungen auf Landesebene kein Ausbau möglich ist.

Zusätzlicher Stromerzeugungsbedarf der erneuerbaren Energien bis 2030









Die wichtigsten Ergebnisse der Studie „Klima- und Energiestrategien der Bundesländer“ (März 2021) der Österreichischen Energieagentur

Die österreichische Bundesregierung hat sich die Ziele gesetzt, den Stromverbrauch bis 2030 zu 100 % (national, bilanziell) mit erneuerbaren Energien zu decken und bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen.

Auf Basis des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes sollen bis 2030 zusätzlich 27 Terawattstunden Strom mit erneuerbaren Energien produziert werden. Bis 2040 soll der Treibhausgasausstoß auf netto null heruntergefahren werden.

Die kumulierten, derzeit bestehenden Ziele der Bundesländer für die Reduktion der Treibhausgas-emissionen und den Ausbau der erneuerbaren Energien **sind deutlich niedriger als die gesamt-österreichischen Ziele, diese können daher nicht erreicht werden.**

Wichtig ist zu beachten, dass die Studie lediglich die zu niedrigen Ziele der Länder feststellt. Eine erste qualitative Bewertung der Maßnahmen hat ergeben, dass **die Länder mit ihren derzeit geplanten Maßnahmen nicht einmal ihre eigenen Zielvorgaben schaffen können** und dafür bereits jetzt zusätzliche Maßnahmen notwendig sind. **Es ist daher auf Länderebene eine dringende und deutliche Anpassung der Ziele und Maßnahmen erforderlich.**

Im kommenden EU-Klimagesetz wird das Ziel für die Senkung der Netto-Treibhausgas-Emissionen bis 2030 von derzeit -40 % auf -55 bis -60 % (vs. 1990) angehoben werden. Das wird in der Folge von allen Mitgliedstaaten – so auch von Österreich – zusätzliche Anstrengungen erfordern. Diese Dynamik kommt also noch hinzu, obwohl bereits jetzt die österreichischen Bundesländer mit ihren derzeitigen Maßnahmen weder die nationalen noch die EU-Ziele erreichen können.

Umgelegt auf Österreich bedeutet das, dass auch alle Bundesländer gefordert sind, ihre individuell vorhandenen Potenziale rasch zu mobilisieren und auszuschöpfen, damit das gesamtösterreichische Ziel gemeinsam erreicht werden kann. Deswegen müssen sowohl die Geschwindigkeit bei der Reduktion der Treibhausgase und des Energieverbrauchs als auch der Ausbau der erneuerbaren Energien vervielfacht und beschleunigt werden.

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz definiert lediglich gesamtösterreichische Ziele. Es wird aber eine enge Verschränkung und Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erforderlich sein, da wesentliche Stellschrauben für die Energiewende und den Klimaschutz in den Kompetenzbereich der Länder fallen. Letztendlich wird auf allen Ebenen eine Anpassung der Ziele und Maßnahmen vorgenommen werden müssen.